

Neoliberalismus und Unfrieden – eine Kritik der Wirtschafts- und Handelspolitik der EU

Werner Ruf

English title: Neo-liberalism and the growth of conflicts – A critique of the EU economic and trade policy

Abstract: Neo-liberalism has become the principle for restructuring the world's economy and societies. Upholding the principle of freedom, in reality it serves the immediate interests of dominant economic actors. The concentration of capital produces power which is then beyond democratic control, and which is responsible for the spreading of strife and misery. This policy is illustrated by the politics of the European Union and its free trade agreements throughout Africa with an empirical emphasis on the case of Tunisia. To earnestly combat impoverishment and misery in order to prevent conflict would need a radical change allowing – at least – the development of national capitalism and politically regulated social justice.

Keywords: Capitalism, conflict, European Neighborhood Policy, neo-liberalism, misery

Schlagwörter: Kapitalismus, Konflikt, Europäische Nachbarschaftspolitik, Neoliberalismus, Elend

1. Einleitung

Der Begriff des Neoliberalismus ist mittlerweile zu einem Schlagwort, ja bisweilen zu einem Kampfbegriff geworden.¹ Unterschiedliche Schulen der Wirtschaftstheorie, die sich letztlich immer wieder auf Adam Smith beriefen, beschworen regelmäßig die absolute Freiheit des Marktes als Kern des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Die „unsichtbare Hand des Marktes“, so ihr gemeinsames Credo, regle die Verhältnisse letztendlich zum Vorteile aller. In den 1980er Jahren erlangte das Konzept eine neue Aktualität und enorme praktisch-politische Bedeutung: Nach dem gewaltsamen Sturz des Präsidenten Salvador Allende sollte die chilenischen Wirtschaft unter dem Einfluss der von Milton Friedman und seinen Schüler/-innen geprägten *Chicago-School* nach neoliberalen Grundsätzen neu aufgebaut werden.

Friedman, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften 1976, hatte gemeinsam mit seiner Frau Rose seine Grundsatzüberlegungen in dem Band „Free to Choose“ niedergelegt.² Die Thesen der Friedmans, die als eine Art Glaubensbekenntnis des Neoliberalismus gelten, wurden zu einem internationalen Event hochstilisiert und mehrfach in einer bis heute sehenswerten TV-Serie popularisiert. Sie wurde erstmals 1990 ausgestrahlt, wobei Personen wie Arnold Schwarzenegger, George Shultz und Ronald Reagan die einzelnen Teile einleiteten.³ Die radikalen Vorstellungen der Friedmans von Marktfreiheit gipfeln in Thesen wie „Die Gewerkschaften sind an der Arbeitslosigkeit schuld“ oder „Die Schulen sind am Analphabetismus schuld“. Freihandel, einschließlich der freien Gestaltung der Löhne auf dem Arbeitsmarkt, gilt ihnen als Lösung der Menschheitsprobleme.⁴

Ulrike Herrmann hat die neoliberale Denkweise einer fundamentalen Kritik unterzogen und deren simple Annahmen plastisch widerlegt: Die mikro-ökonomischen Betrachtungen der Neoliberalen funktionieren nicht (mehr) im Zeitalter der Globalisierung, wo

täglich 4.000 Milliarden Dollar um den Erdball kreisen, während die globale Wirtschaftsleistung auf dem Planeten jährlich nur 73 Milliarden Dollar beträgt: Die großen Gewinne werden nicht mehr in der Produktion, sondern in der Spekulation erzielt.⁵ Letztere wiederum resultiert aus den Konzentrationsprozessen, die ja gerade Folge des „freien“ Wettbewerbs sind: Die Konkurrenz führt letztlich zur Bildung von Oligopolen und zur Konzentration von Macht, die dem Agieren der (scheinbar) Freien ein Ende setzen.⁶

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie insbesondere die Europäische Union (EU), gestützt auf die Strukturanpassungsprogramme von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank den Staaten der vormaligen Dritten Welt Freihandelsabkommen aufzwingt, die dem Großkapital des Nordens nützen, im Süden jenes Elend produzieren, das zu weiterem Elend, Konflikten, Krieg und Flucht führt.

2. Das koloniale Erbe

2.1 Die AKP-Staaten

In die Ehe mit der Europäischen Gemeinschaft brachte Frankreich seine (ehemaligen) Kolonien ein. Schon lange vor der formalen Dekolonisation der überwiegenden Mehrzahl seiner afrikanischen Kolonien waren diese finanzpolitisch mit Frankreich eng verbunden worden: In den Verhandlungen von Bretton Woods hatte sich Paris eine Sonderregelung für sein afrikanisches Kolonialreich ausbedungen: die *Communauté Financière d'Afrique* (CFA). Der Franc CFA ist bis heute gültige Währung in zwölf ehemaligen west- und zentralafrikanischen Kolonien Frankreichs (Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Mali, Niger, Republik Kongo, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik). Hinzu kommen Guinea-Bissau (vormals portugiesisch) und Äquatorial-Guinea (vormals spanisch). Der Franc CFA wird durch die Französische Zentralbank garantiert, innerhalb des Währungsverbunds herrscht Transferfreiheit. Tatsächlich sichert

1 Boas, Taylor C./Gans-Morse, Jordan: Neo-Liberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. In: Studies in comparative International Development, 2/2009, S. 137-161.

2 Friedman, Milton and Rose: Free to Choose, New York 1980.

3 http://www.freetochoose.tv/program.php?id=ftc1990_2&series=ftc90 [20-07-17].

4 <http://www.freetochoose.tv/broadcasts/ftc90.php> [03-06-17].

5 Herrmann, Ulrike: Aus der Krise nichts gelernt. Die Mythen der Mainstream-Ökonomie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017, S. 71-82, hier S. 79.

6 Ebenda S. 81.

dieses System Frankreich die Versorgung mit billigen und strategisch wichtigen Rohstoffen (Öl, Uran, Diamanten, Gold). Der freie Kapitalverkehr sorgt für die ungehinderte Repatriierung von Profiten und schafft die legalen Voraussetzungen für den Transfer von Geldern der afrikanischen Potentat/-innen.⁷ Der Franc CFA ist Grundlage jenes Systems aus Politik, Kriminalität und Korruption, das die französische Afrika-Politik kennzeichnet.⁸

1963 schloss die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in der kamerunischen Hauptstadt das Yaoundé-Abkommen – ein Assoziierungsabkommen, das die Bildung einer Freihandelszone mit nahezu allen ehemaligen schwarzafrikanischen französischen Kolonien plus Burundi und Ruanda zum Ziel hatte. Ihm folgte 1971 das Yaoundé-II-Abkommen. Nachdem 1973 auch die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien der heutigen EU beigetreten war, wurden die Lomé-Abkommen (1975, 1979, 1984, 1989) und schließlich das Cotonou-Abkommen (2000) geschlossen. Diese Abkommen umfassten die Gesamtheit der ehemaligen europäischen Kolonien und betrafen nun die Beziehungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)/EU zu den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Gruppe). Dabei schaffen sie günstige Bedingungen für private Investitionen, insbesondere in der Landwirtschaft. Darüber hinaus regeln bzw. limitieren sie die landwirtschaftlichen Exporte aus den AKP-Ländern, um die Landwirtschaft der (damaligen) EWG-Staaten zu schützen.

2.2 Die Mittelmeer-Drittländer

Von besonderer strategischer Bedeutung waren jedoch aufgrund ihrer geografischen Nähe die Mittelmeerländer. Im November 1995 unterzeichneten die damals 15 EU-Staaten die „Deklaration von Barcelona“ mit zwölf sogenannten Mittelmeer-Drittländern (MDL). Dies sind die Staaten des Maghreb einschließlich Mauretanien und Israel, Türkei, Syrien, Jordanien und Zypern. Nach dem Vorbild der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) umfasste die Vereinbarung drei Körbe: I. Politische und Sicherheitspartnerschaft, II. Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft, III. Partnerschaft im kulturellen, sozialen und menschlichen Bereich.⁹ Während die Vereinbarungen in Korb I ein grundsätzliches Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit enthalten und Korb III darauf zielt, die Zivilgesellschaft der MDL in die Demokratisierungsbemühungen einzubeziehen, und damit der EU die Möglichkeit eröffnen, mit selbst gewählten Akteuren in den Ländern zu kooperieren, lag der Schwerpunkt jedoch offensichtlich auf Korb II. Er sah die Schaffung einer Freihandelszone vor und verpflichtete die MDL zu umfassenden Strukturanpassungen und zur Liberalisierung ihrer Wirtschafts- und Außenhandelspolitik.

Insbesondere die Demokratisierungsbestimmungen bereiteten den MDL Schwierigkeiten, implizierte ihre Umsetzung doch die Öffnung ihrer politischen Systeme in Richtung Meinungsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, was die Grundlagen der autoritär gestalteten Stabilität dieser Länder gefährdete. Andererseits eröffnete gerade die gemeinsame Sicherheitspolitik den mehr

oder weniger diktatorisch verfassten Systemen die Möglichkeit, sich gegenüber Europa als Wähler der Sicherheit zu präsentieren, indem sie die eigene Opposition meist islamistischer Orientierung unterdrückten. Annette Jünemann bringt dies treffend auf den Punkt, wenn sie schreibt „dass Begriffe wie ‚Terrorismus‘ relativ sind und sich leicht für die Kriminalisierung politischer Gegner instrumentalisieren lassen. So können in autoritären Regimen damit auch Oppositionsgruppen kriminalisiert werden, gerade weil sie demokratische Ziele verfolgen.“¹⁰

Eine weitere Etappe in diesem Prozess stellte dann die sogenannte „Mittelmeerunion“ dar, die 2008 auf Initiative Frankreichs gegründet wurde. Sie kam jedoch nicht über kosmetische Korrekturen hinaus und diente vor allem der Imagepflege des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Grundlage des Vertragswerks, dem schließlich mit den neu hinzu gekommenen EU-Mitgliedern 43 Staaten einschließlich Syrien, Jordanien und Mauretanien angehörten, blieb die Barcelona-Erklärung. Die ihr zugrunde liegenden marktliberalen Prinzipien wurden schließlich in den Vertrag von Lissabon übernommen, dort 2003 als Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) formuliert und mit dem ausdrücklichen Ziel der Förderung von Reformprozessen verankert.¹¹ Die ENP umfasst neben der südlichen auch die östliche Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine). Gezielt gefördert werden sollen die Umsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen sowie die Stärkung der wirtschaftlichen Integration in die EU.

Entscheidend waren im Barcelona-Prozess die wirtschaftlichen Interessen der EU-Staaten, die in enger Zusammenarbeit mit Weltbank und IWF mittels Zollabbau, Liberalisierungen und Strukturanpassungen realisiert werden sollten. Diese Maßnahmen wurden von den einzelnen Ländern jedoch sehr unterschiedlich umgesetzt: Einzig Tunesien galt viele Jahre als Paradebeispiel und erhielt schließlich das Lobeszertifikat eines „Fortgeschrittenen-Status“, ja sogar vom „tunesischen Wunder“¹² war die Rede. Der entsprechende Vertrag war lange mit dem Diktator Ben Ali verhandelt worden, wurde aber erst nach dessen Sturz im November 2012 von der islamistisch geführten en-Nahda-Regierung (en-Nahda = die Wiedergeburt) unterzeichnet.¹³

2.3 Der „Leuchtturmpartner“¹⁴ Tunesien als Beispiel

Wie Sascha Radl¹⁵ in einer detaillierten Analyse der Folgen der Strukturanpassungen und des Barcelona-Prozesses für Tunesien

¹⁰ Ebenda, S. 102.

¹¹ Auswärtiges Amt: Europäische Nachbarschaftspolitik (8. Dez. 2015) (konstante Zitierweise!): http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Nachbarschaftspolitik_node.html [31-03-17].

¹² Hibou, Béatrice: Le moment révolutionnaire en question. Vers l'oubli du mouvement social? In: Baumgratz/Chaabane/Ruf/Telkämper (Hg.): Development by Free Trade? Brüssel 2017, S. 131-141, hier S. 135.

¹³ Leaders (Tunesisches Online-Magazin, 19. Nov. 2012). (<http://www.leaders.com.tn/article/9893-tunisie-ue-l-accord-sur-le-statut-avance-signe-a-bruxelles> [31-03-17].

¹⁴ So das Auswärtige Amt auf seiner Seite „Transformationspartnerschaft mit der arabischen Welt“. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/05_Transformationspartnerschaft/Uebersicht_TransformPartnerschaft_node.html [07-06-17].

¹⁵ Radl, Sascha: Structural Adjustment in Tunisia. The Crisis of Neoliberalism and the 'Gafsa Riots' of 2008. In: Baumgratz et al. (Hg.), a. a. O., S. 109-130.

darlegt, hatten schon in den 1980er und 1990er Jahren die Streichungen von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Privatisierungen und Massenentlassungen immer wieder zu teils gewaltsamen Protesten geführt. So verortet er den Beginn der Proteste, die schließlich zum Sturz der Diktatur führten und den „Arabischen Frühling“ einleiteten, im Widerstand der Arbeiter/-innen im Bergbauggebiet von Gafsa (Phosphatabbau), der bereits 2008 begann. Zum allgemeinen Aufstand wurden sie schließlich durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte, aber auch durch die Unterstützung durch die mächtige Einheitsgewerkschaft *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) und die relativ breiten Mittelschichten, die nicht nur gegen die politische Repression, sondern auch gegen ihre tendenzielle Verarmung auf die Straße gingen und sich den Protesten gegen die brutale Diktatur und das kleptokratische System anschlossen.

Inzwischen verhandelt die EU (seit Oktober 2015) mit Tunesien ein „Vollständiges und Vertieftes Freihandelsabkommen“ (Comprehensive and Deep Free Trade Agreement, CDFTA), das als Modell für die ENP gesehen werden kann. Weder die islamistische Partei en-Nahda noch die jetzt mit ihr koalierende bürgerliche Formation Nida'a Tunis (Ruf Tunesiens), die auch die Regierung führt, haben unter dem Druck der Gläubigerländer einen wirklichen Kurswechsel vollzogen. Statt die Ursachen der Misere und des Elends zu analysieren, die zu den Aufständen um den Jahreswechsel 2010/11 führten,¹⁶ setzen die führenden politischen Kräfte weiter auf den von außen aufgezwungenen neoliberalen Weg. Im Rahmen der Verhandlungen über das „umfassende und vertiefte Freihandelsabkommen“ sollen auch die bisher weitgehend ausgesparten Sektoren Landwirtschaft und Dienstleistungen einbezogen werden.

Im Großen und Ganzen folgen die von außen auferlegten Reformen den Prinzipien des *Washington Consensus* und den klassischen Strukturanpassungsprogrammen des IWF. Deren Kern besteht aus der Privatisierung von Staatsbetrieben, tiefen Einschnitten in soziale Leistungen bis hin zum staatlich gesicherten Gesundheits- und Schulsystem sowie der Aufhebung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und die Senkung von Löhnen. Das soll die Attraktivität der betroffenen Länder für ausländische Investitionen steigern. Durch die Abschaffung von Handelsbarrieren (Zöllen) und der Kontrolle von Finanztransfers wird der Marktzugang für europäische Firmen erleichtert. Die bisherige Bilanz zeigt jedoch eindeutig, dass die von den neoliberalen Rezepten antizipierten Effekte nicht erreicht werden: „Es gibt keine positive Korrelation zwischen ökonomischer Liberalisierung, wirtschaftlichem Wachstum, der Reduzierung von Armut und Demokratisierung“.¹⁷ Dieses Urteil von Cengiz Günay verwundert nicht, wenn man sich die Kernpunkte der Liberalisierungen verdeutlicht, die meist über die Strukturanpassungsprogramme des IWF und Umschuldungsverhandlungen durchgesetzt wurden:

- Abbau von Zollschränken, der die Staatseinnahmen reduziert und Investitionen in die Infrastruktur wie Straßenbau, Erziehungs- und Gesundheitswesen verhindert oder zumindest einschränkt;

- Steuerfreiheit für ausländische Investoren, meist für eine Frist von zwanzig Jahren, was die Konkurrenzfähigkeit inländischer Unternehmen beschädigt;
- freier Gewinntransfer für ausländische Investoren, wodurch Kapital kontinuierlich abfließt;
- Infrastrukturleistungen des Staates für ausländische Investoren etwa im Bereich Wasser-, Abwasser- und Elektrizitätsanschluss sowie Ausbau der Transportwege;
- Einrichtung „freier Produktionszonen“, in denen staatlich garantierte Mindestlöhne und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten nicht gelten.

Zu Recht wird Hartmut Elsenhans¹⁸ nicht müde, darauf zu verweisen, dass Entwicklung ohne die Entstehung von Kaufkraft – auch unter kapitalistischem Vorzeichen – nicht möglich ist. Dies gilt so lange, wie ausländisches Kapital Investitionen in den MDL nur unter dem Aspekt der „Lohnveredelung“ (Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsphasen in Billiglohnländer) sieht und die Ökonomien dieser Länder zu verlängerten Werkbänken degradiert. Sogar dieser prekäre Status bleibt gefährdet, denn: Findet sich ein Land, in dem die Löhne noch billiger sind und die Transportkosten sich profitabel rechnen, wird die Produktion einfach umverlagert. Es bleiben: Abhängigkeit, strukturelle Heterogenität von Wirtschaft und Gesellschaft und die Auslandsschulden. Die Souveränität der MDL – und der meisten übrigen Länder der ehemals sogenannten Dritten Welt – hängt an der Garderobe der internationalen Finanzinstitutionen.

3. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Zweifelsohne ist es lobenswert, wenn die EU eine neue Nachbarschaftspolitik entwickelt und erklärt: „Die Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) wurde 2003 unter maßgeblicher Mitwirkung Deutschlands entwickelt, um Wohlstand, Sicherheit, Stabilität sowie rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in den Nachbarstaaten der EU zu fördern.“¹⁹ Lobenswert ist es auch, dass das Auswärtige Amt seit 2012 rund 260 Millionen Euro für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt hat.²⁰ Allerdings handelt es sich lediglich um kosmetische Operationen, die einige sicherlich wichtige Nichtregierungsorganisationen und die Arbeit der politischen Stiftungen unterstützen. Die ökonomische Misere, ja das Voranschreiten des Elends vermögen sie sogar beim „Leuchtturmpartner“ Tunesien nicht zu verhindern, was sich dort auch in wachsender Instabilität, aufrührerartigen Protesten, terroristischen Anschlägen und zunehmenden Fluchtversuchen in Richtung Europa niederschlägt.²¹

18 Elsenhans, Hartmut: *The Rise and Demise of the Capitalist World System*, Leipzig 2011. Ders.: *Saving Capitalism from the Capitalists. A Contribution to Global and Historical Keynesianism*. Beverly Hills (Cal.), London, New Delhi, 2015.

19 Auswärtiges Amt: Europäische Nachbarschaftspolitik (8. Dez. 2015) (auf einheitliche Zitierweise prüfen! Ggf. das Veröffentlichungsdatum immer in Klammern hinter Online-Artikel?): http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Nachbarschaftspolitik_node.html [31-03.17].

20 http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/NaherMittlererOsten/05_Transformationspartnerschaft/Uebersicht_TransformPartnerschaft_node.html [17-06-17].

21 Siehe dazu den täglichen Pressespiegel der deutschen Botschaft in Tunis.

16 Hibou, Béatrice: *La Force de l'Obéissance. Economie politique de la répression en Tunisie*, Paris 2006. Englische Fassung: *The Force of Obedience*, Cambridge 2011.

17 Günay, Cengiz: *Reality Check: Why the EU Needs to Rethink its Neighbourhood Policy*. EuroMesco, 29 PapersIEMed. European Institute of the Mediterranean, Florenz, 2016, S. 7.

Man wird sich fragen dürfen, ob nicht ein zumindest partieller Erlass längst amortisierter Schulden ein wirksamerer Beitrag zur Demokratisierung wäre.

Wenn aber nun das „Umfassende und Vertiefte Freihandelsabkommen“ auch die Landwirtschaft betreffen soll, in der rund 800.000 der 11,5 Millionen Tunesier beschäftigt sind, so steht hier eine katastrophale Entwicklung zu befürchten: Der hoch subventionierten europäischen Landwirtschaft und ihren standardisierten und oft qualitativ höherwertigen Produkten wird die tunesische Landwirtschaft nicht standhalten können. Es droht eine massive Vernichtung von Arbeitsplätzen, die vor allem die ohnehin schon benachteiligten Regionen des Landes betrifft, von denen ja die Revolte gegen die Diktatur ausgegangen war. Zu Recht verweist Azzam Mahjoub darauf, dass eine solche Entwicklung Konzentration und Rationalisierung fördern dürfte. Damit würde nicht nur das in der neuen Verfassung festgeschriebene Recht auf Arbeit obsolet, sondern die einheimische Weizenproduktion dürfte zugunsten jener in der EU nachgefragten Produkte (z.B. Zitrusfrüchte und Tomaten) zurückgehen. Da Brot in diesem Land das Grundnahrungsmittel ist, steht damit die Ernährungssicherheit infrage.²²

4. Das Elend in Afrika: welche Medizin?

In Fortsetzung ihrer in den Lomé und Yaoundé-Abkommen formulierten Politik hat die EU auch mit den afrikanischen Ländern sogenannte EPAs (Economic Partnership Agreements) geschlossen. Sie verfolgen – so zumindest der offizielle Diskurs – das Ziel, den Handel zu liberalisieren, den Zugang der EU zu afrikanischen Märkten zu sichern, und zugleich die regionale Integration sowie nachhaltiges integratives Wachstum in Afrika zu fördern. In Wirklichkeit bedrohen die Massenprodukte der EU die beginnende Industrialisierung Afrikas. Sie haben sogar wie Timothy Kondo feststellt, geradezu *de-industrialisierende* Effekte.²³ Vorsichtig formulierend stellt Dirk Kohnert vom Hamburger German Institute of Global and Area Studies (GIGA) fest: „Auch die Versprechen der EU, armutslindernde Budgethilfen, den Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)-Richtlinien für country ownership entsprechend, nicht zu nutzen, um afrikanische Staaten in Liberalisierungsprogramme der zweiten Generation zu zwingen, wurden bisher nicht eingehalten. Im Gegenteil: Fallstudien aus Tunesien, Ghana und Uganda weisen darauf hin, dass EU-Budgethilfe strategisch dazu genutzt wurde, Freihandelsforderungen zum Nachteil der ärmeren Bevölkerung durchzusetzen.“²⁴

Unter dem Titel „Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft“ hat Bundesminister Gerd Müller im Januar 2017 einen „Marshall-Plan mit Afrika“ vor-

gestellt.²⁵ Dieser basiert auf drei Säulen: (1) Wirtschaft, Handel und Beschäftigung, (2) Frieden, Sicherheit und Stabilität und (3) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Damit rückt neben den klassischen Formeln europäischer Außenpolitik die Friedensfrage ins Zentrum dieser Absichtserklärung. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) übernimmt ausdrücklich die Zielformulierung der Afrikanischen Union (AU) „Ein friedliches und sicheres Afrika“, benennt die zigtausend Opfer bewaffneter Konflikte in Afrika (S. 19). Neben der Forderung nach einem militärischen Kapazitätsaufbau nimmt jene nach zivilem Kapazitätsaufbau und diplomatischen Offensiven für Konfliktlösungen großen Raum ein (S. 20). Auch soll es keine Waffenexporte in Krisengebiete geben und der Kleinwaffenhandel soll besser kontrolliert werden.

Zweifellos stimmt die Diagnose: „Die Hauptursache für Hunger ist Armut. Armut hat dabei vor allem ein ländliches Gesicht. Investitionen in die Landwirtschaft wurden viel zu lange vernachlässigt. Kostbare Devisen fließen unnötig in die Deckung des Grundbedarfs. Der Agrarsektor, in dem circa 70 Prozent der Bevölkerung tätig sind, trägt nur 30 Prozent zur Wertschöpfung bei.“ Auch die zentralen Forderungen scheinen in die richtige Richtung zu weisen, wie

- EU-Marktzugang für Afrika verbessern und afrikanischen Staaten Schutzmechanismen ermöglichen, um eine eigene Agrarwirtschaft aufzubauen und
- alle handelsverzerrenden Agrarsubventionen auf World Trade Organization (WTO)-Ebene abschaffen.

Gerade die letzte Forderung kann im Grunde nur an die EU gerichtet sein. Zweifel an der Richtigkeit der empfohlenen Therapie kommen aber auf, wenn in Nummer vier der „zehn Thesen für einen Marshallplan mit Afrika“ unter der Schlagzeile „Investitionen für unternehmerische Entfaltung“ behauptet wird: „Jobs schafft auf Dauer und im erforderlichen Umfang nicht der Staat, sondern die private Wirtschaft. Deshalb“, so die Schlussfolgerung, „braucht Afrika weniger Subventionen und mehr private Investitionen. Dafür müssen förderliche Rahmenbedingungen vor Ort, aber auch neue Instrumente zur Mobilisierung und Sicherung von Investitionen geschaffen werden. Ergänzt werden sie durch Vorschläge für Steueranreize für Unternehmen, neue Anlageformen wie beispielsweise Afrikafonds und Infrastrukturanleihen.“ Dies klingt vertraut, werden hier doch die Beschwörungsformeln übernommen, die sich auch in den Freihandelsabkommen finden. Wer aber sind die Unternehmen, die Steueranreize erhalten sollen? Verweisen die zu schaffenden Afrikafonds und Infrastrukturanleihen nicht auf die Finanzbörsen, wo solche Einrichtungen als reines Spekulationsobjekt gehandelt werden?

Genau diese Fragen scheinen den SPD-Außenpolitiker Niels Annen umzutreiben, wenn er mit Blick auf den G20-Gipfel in Hamburg kritisiert: „Bundesminister Müller hat mit der Vorlage seines ‚Marshall-Planes mit Afrika‘ für Unverständnis und Verwirrung gesorgt. Viel Rhetorik – wenig dahinter“. Dann stellt er fest: „Ohne die Einhaltung internationaler Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte und zur Einhaltung der Inter-

22 Mahjoub, Azzam: Une critique de l'ALECA de la Tunisie. In: Baumgratz et al (Hg.), a. a. O., S. 163-171, insbesondere S. 166f.

23 Kondo, Timothy: Alternatives to the EU's EPAs in Southern Africa. http://www2.weed-online.org/uploads/alternatives_to_the_eu_s_epas_in_southern_africa_2012.pdf [07-06-17].

24 Kohnert, Dirk: Afrikas TTIP. Weshalb die EPAs in der jetzigen Form verhindert werden müssen. <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/afrikas-ttip-422/> [07-06-17].

25 https://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2017/januar/170118_pm_006_Marshallplan-mit-Afrika-neue-Partnerschaft-fuer-Entwicklung-Frieden-und-Zukunft/index.jsp [07-06-17].

national Labour Organization (ILO)-Kernarbeitsnormen können Investitionen mehr schaden als nutzen.“²⁶ In der Tat: Es geht nicht um makro-ökonomische Daten, sondern um die soziale Frage, will man dem Zyklus von Investitionen-Ausbeutung-Elend ein Ende setzen und damit Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung gerade auch der afrikanischen Gesellschaften schaffen. Dazu müssten aber im globalen Maßstab auch jene Entwicklungen angegangen werden, die die Lebensbedingungen der Afrikaner – von ihnen unverschuldet – ins Unerträgliche transformieren. Hier sollen nur zwei zentrale Faktoren beleuchtet werden: der Klimawandel und *land grabbing*.

Seit über dreißig Jahren verändert sich das Weltklima massiv. Während im Amazonas der Regenwald unter Trockenheit leidet, sind Mexiko, aber auch Kenia und Tansania von ungewöhnlichen Regenfluten betroffen. In Sambia, Simbabwe, Botswana, vor allem in den Sahelstaaten herrscht extreme Trockenheit. Insbesondere in letzteren sind die nomadischen Viehzüchter massiv betroffen, da sie für ihre Herden keine Wasserstellen mehr finden. Die Folgen des Klimawandels bringt die Leiterin der Energie-Abteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nüchtern, wenn auch stark personalisiert, auf den Punkt: „Die Folge von Trumps Politik sind sich häufende Klimaextreme, wodurch die Zahl der Flüchtlinge steigen wird.“²⁷

Ein weiteres Problem stellt das weltweite *land grabbing* dar. Es besteht im Aufkauf riesiger Landflächen zum Zwecke industrieller Produktion, der dann hoch spekulativ an den internationalen Finanzbörsen gehandelt wird. Hiervon betroffen sind die ärmsten Länder wie Äthiopien, vor allem aber die Niger-Anrainer Mali und Niger.²⁸ Dort siedeln seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden Menschen, die kleine Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft und den Ackerbau betrieben. Fisch wurde gegen Hirse getauscht und umgekehrt. Nach der Ernte kamen die Nomaden, deren Herden die Hirsestengel fraßen – alles in allem ein sehr bescheidenes, aber funktionierendes Auskommen.

Nun aber werden die Wassermassen „in Wert gesetzt“: Tausende Quadratkilometer afrikanischen Landes sind zum Spekulationsobjekt an den internationalen Börsen geworden, wo Hedgefonds, die Golfstaaten und private Spekulanten Flächen kaufen. Kubikkilometer Wasser werden für riesige Bewässerungsprojekte genutzt. Angebaut werden aber nicht Lebensmittel für die Menschen, sondern spekulative Produkte für den Weltmarkt wie Zuckerrohr für Biosprit. Die Menschen, die keine Besitztitel haben, weil es ja keinen Kataster gibt, werden massenweise vertrieben, mit Gewalt zu Flüchtlingen gemacht. Die riesigen bewässerten Flächen sorgen außerdem dafür, dass Krankheiten wie Malaria und Bilharziose sich geradezu epidemisch verbreiten.²⁹ So produzieren „wir“ Hunderttausende, wenn nicht Millionen Flüchtlinge, die keine Chance auf Asyl in der EU haben werden, denn sie gelten dort ja als reine „Wirtschaftsflüchtlinge“.

5. Fazit

Die bestehenden Kriege und Konflikte, die gigantisch anwachsende Zahl von Flüchtlingen aus Kriegs- und Elendsgebieten, die Zunahme der Zahl nichtstaatlicher Gewaltakteure sind Anzeichen genug, um feststellen zu können, dass mit herkömmlichen Mitteln wie beispielsweise der hierzulande immer noch hochgelobten vernetzten Sicherheit (Entwicklungsprojekte + Friedensmissionen + Ertüchtigung einheimischer Militär- und Polizeikräfte) den Ursachen von massenhafter Verelendung und wachsender Perspektivlosigkeit nicht beizukommen ist. Insbesondere die Jugend außerhalb der Festung Europa hat darunter zu leiden. Auch die Schlepperbanden sind nicht Ursache der Fluchtbewegungen, sondern nur marktwirtschaftliches Resultat der Nachfrage von Flüchtenden. Vielmehr ist es die neoliberale Umgestaltung der Ökonomien und Gesellschaften, die kriminelle politische Ökonomien überhaupt erst entstehen lässt, bestehende Staatlichkeit infrage stellt und massenhafte Fluchtbewegungen auslöst. Solange Entwicklungshilfe unter neoliberalem Vorzeichen steht, Ertüchtigung und militärische Interventionen lediglich der Stabilisierung bestehender Verhältnisse und eines günstigen Investitionsklimas dienen, wird dem Prozess wachsender Verelendung mit all seinen Folgen nicht beizukommen sein.

Die neoliberale Lebenslüge, dass nur die Freiheit der Märkte und die Eindämmung staatlicher Tätigkeit die Dinge zum Besseren wenden könnte, widerlegt sich spätestens dort, wo der Staat (des Nordens!) selbst interveniert, um – etwa durch Freihandelsverträge – Ökonomien und Gesellschaften für die Verwertungsinteressen des Kapitals zu öffnen. Dies führt nur dazu, dass die Verteilungskämpfe am Ende der Elendsskala mit immer größerer Brutalität geführt werden.³⁰ Wer die Wurzeln des Elends nicht angeht, hat am Ende nur die Wahl, seine sichtbaren Folgen – von Flüchtlingen bis zu terroristischen Banden – zu bekämpfen.



Prof. Dr. **Werner Ruf**, 1982-2003 Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel, Lehrtätigkeit in USA und Frankreich, mehrjährige Forschungsaufenthalte in Nordafrika. Friedens- und Sicherheitspolitik, Arabische Welt, Politischer Islam, Migration.

26 *Annen, Niels*: Neue postkoloniale Abhängigkeit? Afrikapolitik sollte mehr als eine Investitionsagenda für Europa sein. In: IPG, 6. Juni 2017. <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/g-20-gipfel/artikel/detail/neue-postkoloniale-abhaengigkeit-2084/> [06-06-17].

27 *Kemfert, Claudia*: Die Energiewende ist nicht aufzuhalten. In: Neues Deutschland, 3./4. Juni 2017, S. 3.

28 Ausführlich siehe *Pearce, Fred*: Land Grabbing. Der globale Kampf um Grund und Boden. München 2012, insbesondere S. 331-345.

29 Ebenda, insbesondere S. 331-345.

30 *Altwater, Elmar*: Open Markets and Closed Frontiers. The European Union's negative and exclusive neoliberal integration. In: *Baumgratz et al.* (Hg.), a. a. O. S. 97-107.